



Rauchendes Suchtmittel: Cannabis ist die am weitesten verbreitete illegale Droge in Deutschland. Trotzdem fordern Wissenschaftler im ersten alternative Drogen- und Suchtbericht, dass Cannabis legalisiert wird und dass die Drogenpolitik reformiert wird. In Gütersloh lehnen Experten diese Forderung ab. SYMBOLFOTO: DPA

Legalisierung als falsches Signal

Drogen- und Suchtbericht 2014: Gütersloher Experten lehnen frei zu erhaltendes Cannabis ab

VON
CAROLIN NIEDER-ENTGELMEIER

■ **Gütersloh. Drogen gehören zum Alltag. Doch nicht nur legale Suchtmittel wie Tabak und Alkohol, sondern auch Cannabis – die am weitesten verbreitete illegale Droge in Deutschland. Das geht aus dem Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung hervor. Dem gegenüber steht der erste alternative Drogen- und Suchtbericht, in dem Wissenschaftler die Legalisierung von Cannabis fordern. In Gütersloh lehnen Ärzte und Suchtberater diese Forderung ab.**

„Eine Legalisierung von Cannabis ist ein Signal in die falsche Richtung, weil dadurch der Konsum ansteigen würde. Das zeigen Untersuchungen aus Ländern, in denen Cannabis bereits legal ist“, sagt der Chefarzt der auf Suchttherapie spezialisierten Bernhard-Salzmänn-Klinik des LWL-Klinikums, Ulrich Kemper.

Aus dem Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung, der in der vergangenen Woche veröffentlicht wurde, geht hervor, dass der Cannabiskonsum nach einem jahrelangen Rückgang im vergangenen Jahr wieder angestiegen ist. Das bestätigt auch Kemper: „Wir behandeln immer mehr Patienten, die Probleme durch Cannabis haben. Dabei wird der Konsum immer gefährlicher, weil sich die Konzentration der Droge ändert“, erklärt Kemper.

Das verursache vor allem bei jungen Menschen Schäden, weil sich das Gehirn bis zum 21. Lebensjahr noch in einem Reifeprozess befindet. „Die Ausdifferenzierung des Gehirns wird durch Drogen gestört, selbst

dann, wenn man noch gar nicht abhängig ist“, sagt Kemper. Das könne zu Antriebs- und Konzentrationsstörungen, aber auch zu einer Veränderung der Persönlichkeit oder zu Psychosen führen. Insbesondere Cannabis solle für Interessenlosigkeit und das Beeinflussen des gesamten Lebens negativ. „Deshalb ist es wichtig, dass Cannabis durch ein Verbot unattraktiv bleibt.“

Das fordert auch der Fachbereichsleiter der Caritas Sucht- und Drogenhilfe, Peter Köching: „Mit einer Legalisierung werden Drogen verharmlost, weil sie leichter zugänglich sind, deshalb ist aus präventiver Sicht ein Verbot von Cannabis sinnvoll.“ In drei Beratungsstellen im Kreis bieten Caritas-Mitarbeiter der Sucht- und Drogenhilfe Betroffenen und Angehörigen Beratungen an. Insgesamt haben Köching und seine Kollegen 2013 1.200 Klienten betreut. „40 Prozent der Betroffenen sind jünger als 27 Jah-

re. Nicht alle sind abhängig, aber haben alle Probleme mit Drogen“, sagt Köching. „Deshalb ist es wichtig, dass Angehörige und Betroffene wissen, dass sie sich möglichst früh beraten lassen.“

Im alternativen Drogen- und Suchtbericht wird eine Reform



Rät zu frühzeitiger Suchtberatung: Peter Köching, Fachbereichsleiter der Caritas-Drogenhilfe.

der Drogenpolitik gefordert. Der jahrzehntelange Kampf gegen Cannabis zeige, dass das Strafrecht nicht geeignet sei, um Gesundheitspolitik zu betreiben. Kemper hält das Strafrecht hingegen für angebracht: „Ich befürworte, dass Konsum-



Plädiert gegen eine Legalisierung: Ulrich Kemper, Chefarzt der Bernhard-Salzmänn-Klinik.

menten, die mit geringen Mengen Cannabis erwischt werden, nicht sofort strafrechtlich verfolgt werden. Ihnen werden vielmehr Hilfsangebote aufgezeigt. „Menschen, die mit der illegalen Droge handeln, drohen härtere Strafen. „Die strafrechtliche Verfolgung von Dealern ist richtig und wichtig.“

Ebenso problematisch bewerten Köching und Kemper den Anstieg des Konsums von synthetischen Drogen. „Amphetamine sind Leistungsdrogen und der Konsum steigt“, sagt Kemper. Diese Einschätzung teilt auch Köching. „Häufig stehen Konsumenten von Amphetaminen mitten im Leben. Wir haben mit völlig neuen Klienten zu tun“, sagt Köching.

Methamphetamin, besser bekannt als Crystal Meth, spiele derzeit im Kreis Gütersloh keine große Rolle. „Doch auch damit werden wir Zukunft vermehrt zutun haben“, vermutet Köching.

Bis zum Vollrausch Alkohol trinken

■ Der Alkoholverbrauch stagniert in Deutschland mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von rund zehn Litern pro Jahr im europäischen Vergleich auf hohem Niveau. Aus dem Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung geht hervor, dass 9,5 Millionen Menschen Alkohol in gesundheitlich riskanter Form trinken. Bei Jugendlichen ist der regelmäßige Konsum leicht zurückgegangen, allerdings wird das Rauschtrinken beliebter. Deshalb fordern Wissenschaftler in dem ersten alternativen Drogen- und Suchtbericht, dass Alkohol teurer und Wer-

bung dafür verboten wird.

„Grundsätzlich glaube ich nicht, dass Jugendliche viel mehr Alkohol trinken als in der Vergangenheit. Dafür ist jedoch die Bereitschaft, Jugendliche im Vollrausch ins Krankenhaus zu bringen, gestiegen. Deshalb werden mehr Fälle statistisch erfasst“, sagt der Chefarzt der Suchtmedizin des LWL-Klinikums, Ulrich Kemper. Trotzdem bewertet er das Rauschtrinken als gefährlich, weil starkes Trinken schwere Folgen haben kann.

„Die deutsche Alkoholpolitik ist katastrophal, weil man

auch hochprozentigen Alkohol für ein paar Euro kaufen kann. Zudem ist Alkohol immer und überall erhältlich und genau das ist für Jugendliche interessant“, erklärt Kemper. Deshalb hofft der Mediziner, wie auch die Verfasser des alternativen Drogen- und Suchtberichts, auf eine Reform der Alkoholpolitik, ähnlich wie bei Tabak. Dass hohe Preise abschrecken, beweisen die Zahlen des Drogen- und Suchtberichts der Bundesregierung. Daraus geht hervor, dass sich bei jungen Erwachsenen der Tabakkonsum seit 2001 mehr als halbiert hat.

Auch der Vorsitzende des Gütersloher Ortsvereins des blauen Kreuz, Hermann Barg, hofft auf eine Reform. „Alkohol ist in allen gesellschaftlichen Bereichen und sozialen Schichten akzeptiert. Wer abstinent lebt, fällt auf und wird ausgegrenzt“, sagt Barg. Dabei berge jeder Konsum des Zellgiftes ein Risiko. „Alkohol sollte teurer werden, damit der Konsum sinkt.“

Die Selbsthilfegruppe trifft sich immer montags von 19 bis 20.30 Uhr und samstags zwischen 15 und 16.30 Uhr im Haus der Begegnung an der Kirchstraße 14. (caro)